

# Globale Aufstandsbekämpfung

Deutschland will in Afrika vermehrt »Verantwortung übernehmen«, also mitmischen, auch militärisch. Was das konkret heißt, ist, trotz neuer Planungen für Somalia und die Zentralafrikanische Republik, nur zu ahnen.  
**Von Ruben Eberlein**

Von einer »Reifeprüfung« sprach »Spiegel Online«; die »Berliner Zeitung« überschrieb ihren Artikel zum Besuch der deutschen Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen im Senegal und in Mali mit der Schlagzeile »Vom Hindukusch nach Afrika«. Seit Wochen wird in Mainstreammedien und Politik wohlwollend über ein »stärkeres Engagement« Deutschlands auf dem Nachbarkontinent debattiert. Nicht zuletzt Bundespräsident Gauck plädierte auf der Münchener Sicherheitskonferenz für eine »fundamentale Neuausrichtung der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik« auf häufigeres und früheres Agieren in globalen Krisen, auch militärisch. Doch noch lehnt die Mehrheit der Bevölkerung die Planspiele zur Ausweitung militärischer Auslandseinsätze ab. Einer Umfrage zufolge begrüßen lediglich 30 Prozent der Befragten eine Ausdehnung der Militäreinsätze, 61 Prozent sind dagegen.

Da braucht es einen wie den Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), den CSU-Politiker Gerd Müller. Im ZDF-»Morgenmagazin« pries er Afrika als »Chancen- und Wachstumskontinent«; zur Zeit arbeite sein Ministerium an einer neuen Afrika-Strategie. Dumm nur, daß das in einigen afrikanischen Ländern beachtliche Wirtschaftswachstum vor allem dem Export von Rohstoffen und unverarbeiteten landwirtschaftlichen Erzeugnissen geschuldet ist. Von den Renten, die diese Entwicklung mit sich bringt, profitieren zunächst die Oligarchien an der Macht. Umverteilung und eine Minderung der krassen sozialen Spaltung sind von ihnen nicht zu erwarten.

Militärisch setzt Deutschland in Afrika seit einigen Jahren vor allem auf die Ausbildung von Führungs- und Einsatzkräften sowie finanzielle und logistische Unterstützung von »afrikanischen Lösungen für afrikanische Probleme«. In diesem Rahmen unterstützen die Europäische Union und Berlin den Aufbau der sogenannten African Standby Force unter der Ägide der Afrikanischen Union, der jedoch nur schleppend vorankommt. Während das Hauptquartier der Truppe in der äthiopischen Hauptstadt Addis Abeba, Sitz der Afrikanischen Union (AU), plaziert ist, sollen fünf regionale Eingreiftruppen in allen Teilen des Kontinents stationiert werden. Auch das Kofi Annan In-

ternational Peacekeeping Center in Accra, Ghana, wird von den Deutschen mitfinanziert.

Derzeit sind deutsche Militärs in Missionen, die vom Bundestag abgesegnet werden müssen, in sieben Ländern Afrikas, vor allem als Beobachter, Ausbilder und Transportlogistiker, aktiv: Im Südsudan und dem Sudan, der Demokratischen Republik Kongo (DRC) und in der Westsahara agieren jeweils zwischen zwei und 17 deutsche Soldaten; der derzeit größte Einsatz läuft vor der Küste Somalias mit 325 deutschen Soldaten zur Bekämpfung der Piraterie und zur Freihaltung des Handelswegs um das Horn von Afrika. Im Rahmen eines EU-geführten Ausbildungseinsatzes werden im Senegal und in Mali derzeit von knapp über 100 Militärs Truppen der malischen Armee geschult; in Mali selbst wird für die französische Armee, die mit 1.400

## Der Neokolonialismus hat seinen Anteil an der Auflösung ganzer Gesellschaften

Mann neben 6.000 Soldaten aus afrikanischen Ländern vor Ort ist, Logistiksupport geleistet.

Ähnlich gelagert dürfte ein baldiger Einsatz Deutschlands in der Zentralafrikanischen Republik (ZAR) sein, der sich bereits ankündigt. Dort werden derzeit vor allem Muslime massakriert, während sich islamistische Gruppen im Norden neu ordnen; regelmäßig wird von systematischen Massakern berichtet. Inzwischen hat der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag Ermittlungen zu den Verbrechen in der ZAR aufgenommen. In Ugandas Hauptstadt Kampala bildeten Offiziere der Bundeswehr bisher somalische Soldaten aus, das Training soll nun in Mogadischu fortgesetzt werden.

Immer wieder mahnen Teile der deutschen Afrika-Wissenschaft und Think-Tanks eine konkrete Formulierung der deutschen Interessen auf dem Kontinent an. In der aktuellen Debatte treten die Konturen dieser Interessen allerdings relativ deutlich zutage. Es geht um Migrations Eindämmung, Systemstabilität und nicht zuletzt auch um ein stärkeres wirtschaftliches Engagement auf dem »Chancen- und Wachstumskontinent«.

Deutschland kann – wie auch Frankreich und die Vereinigten Staaten – kein Interesse

daran haben, daß sich die zentralstaatliche Herrschaft in einem Gebiet, das sich von Mali über die ZAR bis in den Südsudan und Somalia erstreckt, vollständig auflöst und dieses Gebiet in einem dauerhaften Krieg der Banden, an dem sich auch zunehmend Djihadisten beteiligen, versinkt. Schließlich lassen sich in solch einem Umfeld nur schlecht Geschäfte machen. Systemstabilität bedeutet daher vor allem, ein staatliches Gewaltmonopol aufrechtzuerhalten oder zu schaffen, und genau das wird mit den Trainingseinsätzen angestrebt.

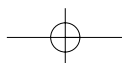
Ein repressives und kleptokratisches, aber stabiles Regime wie die angolische MPLA-Regierung hingegen bleibt vom Menschenrechtsdiskurs der Deutschen verschont, schließlich kann man so ungestört Patrouillenboote, Maschinen und Fahrzeuge in das Land im südlichen Afrika liefern. Mittlerweile ist Angola nach Südafrika und Nigeria der wichtigste Wirtschaftspartner Deutschlands im subsaharischen Afrika.

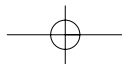
Vermutlich werden in der neuen Strategie des BMZ die Schlagworte wieder auftauchen, die seit Jahr und Tag das Geschäft mit den Hilfgeldern dominieren. Viel wird von der Förderung der Zivilgesellschaft die Rede sein, ebenso von der Unterstützung von unabhängigen Medien und Parlamenten, vom Kampf gegen die Korruption, von Dezentralisierung und Demokratie- und Wirtschaftsförderung. Doch diese Vorgaben blamieren sich immer wieder an der Realität.

In Mali, seit der Invasion von Djihadisten im Norden und dem Militärputsch im März 2012 in der Krise, entstand mit Hilfe der Entwicklungsindustrie eine Klasse von tatsächlichen oder vermeintlichen Nichtregierungsorganisationen (NGO), die sich ganz auf die Ziele der globalen Entwicklungshilfe eingeschossen und den internationalen Development Speak für sich zu nutzen gewußt hat. Lange Zeit galt Mali auch in Deutschland als Musterbeispiel für Demokratie im westlichen Afrika. Nach dem Staatsstreich hat sich gezeigt, daß diese Einschätzung weit entfernt ist von der Wirklichkeit.

Die regierungsnahen Stiftung für Wissenschaft und Politik (SWP) hat Ende Januar diesen Jahres »fünf gute Gründe für ein deutsches Engagement in Afrika« ausgemacht. »Die Vorstellung von deutschen Soldaten in Afrika rührte nach dem Einsatz von Rommels Afrikakorps im Zweiten Weltkrieg an einem weithin akzeptierten deutschen Tabu«, schreiben die SWP-Mitarbeiter Claudia Major und Christian Mölling. Das gelte es zu überwinden. Die Stabilisierung Afrikas liege »im ureigensten Interesse«, und zwar unter anderem aus Gründen der Eindämmung von Einwanderung aus Gebieten, in denen »Terrorismus und Organisierte Kriminalität zunehmend das Leben bestimmen«.

Zudem habe sich Deutschland zum Aufbau afrikanischer Sicherheitsstrukturen verpflichtet und müsse diese Verpflichtung auch umsetzen. Trainingsmaßnahmen sollten nur nach vorheriger Beilegung bewaffneter Auseinandersetzungen durchgeführt werden, so Punkt drei der Empfehlungen an die Ministerien. Da die





Unbedingt einsatzbereit: Verteidigungsministerin von der Leyen im Bundeswehrcamp Marmal/Masar-i-Scharif, Afghanistan, Dezember 2013

Foto: dpa

Vereinten Nationen, Punkt vier, in Afrika »militärisch überfordert« seien, gelte für Deutschland, »den eigenen Worten Taten folgen zu lassen«. »Schließlich«, so liest man in dem kurzen Papier, »hat Deutschland ein Interesse an sicheren Wirtschaftsbeziehungen mit afrikanischen Ländern, nicht zuletzt, um die Abhängigkeit von anderen Staaten zu mildern. So könnten afrikanische Staaten etwa wichtige Lieferanten für Rohstoffe und Energie sein.«

Keine Rolle spielt bei solchen Überlegungen, daß die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Afrika und dem globalen Norden eine Ursache für soziale Polarisierung, Aufstände und Staatszerfall ist. Weiterhin gilt das Diktat des Freihandels, den die EU mit ihren Economic Partnership Agreements forcieren will (siehe KONKRET 2/14). Der Freihandel macht den Schutz einheimischer Wirtschaftszweige unmöglich und droht, die Länder des Kontinents weiter in die ökonomische Misere zu treiben.

Insofern sind die militärischen Interventionen in Afrika, an denen sich Deutschland nun aktiver beteiligen will, als Teil einer globalen Aufstandsbekämpfung zu verstehen, die an den Rändern und in den *badlands of modernity* Polizeimaßnahmen durchführt. Doch noch zielen sich die Deutschen, in Kampfeinsätze zu ziehen, und bevorzugen statt dessen den Aufbau

regionaler Eingreiftruppen der AU, die in Krisen und Konflikten weitgehend allein agieren können und die man lediglich mit Trainingsmaßnahmen und Finanzen unterstützt.

Angesichts der Erfahrungen des Völkermords in Ruanda 1994, des langen, bis heute andauernden Krieges im Gebiet der Großen Seen, der Millionen Menschen das Leben gekostet hat, und der Kriege im Westafrika der neunziger Jahre kann es für die deutsche Linke keine einfachen Antworten in Fragen internationaler Interventionen geben. Natürlich geht es – wie beschrieben – auch um wirtschaftliche Interessen, politische Einflußnahme und die Eindämmung des Islamismus, der mittlerweile auch im Norden Afrikas Fuß faßt und sich anschiebt, weiter nach Süden vorzudringen. Auch liegt auf der Hand, daß Kolonialismus, Neokolonialismus und Kalter Krieg ihren Anteil an der gewaltsamen Auflösung ganzer Gesellschaften haben.

Einem Tutsi in Kigali, der vor 20 Jahren an jedem Checkpoint fürchten mußte, mitsamt seiner Familie massakriert zu werden, waren derartige Überlegungen jedoch vermutlich fremd. Ihnen ging es – wie jetzt den Muslimen in der ZAR – um das nackte Überleben. Der Schutz der Zivilbevölkerung ergibt sich aber nach wie vor im besten Fall nur kollateral. Viele Menschen im Osten der Demokratischen Re-

publik Kongo kritisieren etwa die mit 17.000 Soldaten derzeit größte UN-Mission in Afrika nicht per se, sondern werfen ihr Untätigkeit und zögerliches Vorgehen gegen die Rebellengruppen vor.

Die Debatte in der Partei Die Linke zeigt die ganze Hilflosigkeit der politischen Diskussion in Sachen Staatszerfall und Warlordisierung großer Teile des afrikanischen Kontinents. Während sich ein Flügel der Partei anschiebt, im Mainstream der deutschen Politik Fuß zu fassen (siehe KONKRET 1/14), muten die Lösungsvorschläge des anderen geradezu niedlich an. So lehnte Christine Buchholz im Interview mit der »Deutschen Welle« nach ihrer Reise mit der deutschen Außenministerin nach Senegal und Mali ein militärisches Eingreifen in Mali und der ZAR kategorisch ab und empfahl den Aufbau administrativer Strukturen, Bewässerungsprojekte und den Kampf gegen Korruption als Lösung der dortigen Staatskrise. Wie sie das einem Bewohner von Timbuktu oder Gao im Norden Malis, der zeitweise der Herrschaft der Islamisten unterworfen war und den Einmarsch der französischen Armee Anfang 2013 bejubelte, nahebringen will, bleibt ihr Geheimnis. ●

**Ruben Eberlein** schrieb in KONKRET 2/14 über die afrikanische Jugend

